

Landtag Aktuell

41. Ausgabe

Düsseldorf, 16.12.2011



Gregor Golland

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Gute Nachricht: Dichtheitsprüfung ausgesetzt. Niederlage für Rot-Grün.

Mehrere Male habe ich Ihnen schon über den Diskussionsstand zur Dichtheitsprüfung privater Abwasserleitungen in Nordrhein-Westfalen berichtet. Nun haben sich auch in unserer Fraktion die Kräfte durchgesetzt, die der teuren Zwangsprüfung kritisch bis ablehnend gegenüberstehen.

CDU und FDP haben sich am Mittwoch im Umweltausschuss durchgesetzt, den Vollzug der Dichtheitsprüfung nach § 61a des Landeswassergesetzes auszusetzen. Dies wurde sehr zur Freude der zahlreichen Zuschauer mit Mehrheit beschlossen. Nun wird es im neuen Jahr zu einer bürgerfreundlichen gesetzlichen Neuregelung kommen.

Ein Abwasserrohr muss dicht sein. Was uns aber stört, ist der „Generalverdacht“, unter den Umweltminister Rimmel mit seiner Verordnung alle Hausbesitzer in NRW stellt. Denn zurzeit will man diese zwingen, bis zu einem bestimmten Stichtag die Dichtigkeit ihrer Rohre prüfen zu lassen, unabhängig von deren Alter oder Zustand. Deshalb schlagen wir vor, eine Dichtheitsprüfung nur „bei begründetem Verdacht“ durchführen zu lassen. Das ist eine Umkehrung und Richtigstellung der Beweislast.

Für mich gehört zum Umweltschutz auch immer der Bürger- und Menschenschutz. Rot-grüne Bevormundungspolitik hat sich bei der Dichtheitsprüfung zum Glück nicht durchgesetzt.

Kriminalitätsbekämpfung intensivieren und Aufklärungsquote nachhaltig verbessern

Der Schutz und die Gewährleistung der inneren Sicherheit sind Kernaufgaben des Staates. Der Schutz vor Kriminalität, die Verhinderung von Straftaten und deren konsequente Ahndung sind unabdingbare Voraussetzungen für die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger. Die innere Sicherheit hat zudem eine hohe Bedeutung für den Wirtschaftsstandort.

Es ist bedenklich, dass die Aufklärungsquote in Nordrhein-Westfalen – entgegen dem Bundestrend – gesunken ist. Mit lediglich 49,9% liegt die Quote knapp 1% unter dem Vorjahreswert und erreicht bei weitem nicht die Ergebnisse von Thüringen (65,3%), Bayern (64,6%) oder Niedersachsen (62,9%). Unter den bundesdeutschen Flächenländern weist Nordrhein-Westfalen damit die schlechteste Aufklärungsquote auf.

Die CDU fordert nun in einem Antrag einen Kurswechsel in der Sicherheitspolitik einzuleiten. Um ein passgenaues Konzept zur Kriminalitätsbekämpfung erarbeiten zu können, ist es zunächst erforderlich, die Kriminalitätsentwicklung in Nordrhein-Westfalen einer differenzierteren Betrachtung zu unterziehen. In einem ersten Schritt fordern wir von der Minderheitsregierung nun aussagekräftige Vergleichszahlen um ein Lagebild zu erhalten, damit die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden können. Antrag: <http://kurzlink.de/GGantrKriminalitaet>.

Bergheimer informieren sich im Landtag



Vergangenen Freitag konnte ich eine 25-köpfige Gruppe aus Bergheim zusammen mit dem CDU-Stadtverbandsvorsitzenden Helmut Paul im Landtag begrüßen.

Die Gäste erhielten einen Einblick in meine Arbeit als Abgeordneter. Ich erläuterte u.a. wie der Meinungsbildungsprozess innerhalb der CDU-Landtagsfraktion abläuft. Aber auch aktuelle Themen, wie die steigende Gewalt gegen Polizeibeamte, wurden diskutiert. Im Anschluss daran konnten die Besucher auf der Tribüne des Plenarsaals meine

Rede zur Asylpolitik des Landes verfolgen, in der ich mich gegen einen generellen Abschiebestopp ausgesprochen habe.